Tägliche Omaha Tribüne

TRIBUNE PUBLISHING CO.; VAL. J. PETER, President.
1311 Howard Str. Telephon: TYLER 340. Omaha, Nebraska.

Preis des Tageblatts: Durch den Träger, per Woche 10c; durch die Post, per Jahr $5.00; einzelne Nummern 2c. — Preis des Wochenblatts: Bei strikter Vorausbezahlung, per Jahr $1.50.

Entered as second-class matter March 14, 1912, at the postoffice of Omaha, Nebraska, under the act of Congress, March 3, 1879.

Omaha, Neb., Samstag, den 7. Juli 1917.

Japan verleiht Geld.

Eine der erstaunlichen Umwälzungen, welche der Krieg auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete hervorgebracht hat, fand vor einigen Tagen in dem folgenden an eine New Yorker Zeitung gerichteten Telegramme aus Tokio ihren Weg in die Oeffentlichkeit:

„Ein japanisches Syndikat unter Führung der Yokohama Specie Bank hat die Verhandlungen mit dem französischen Botschafter bezüglich der Ausgabe von Schatzamtsscheinen zum Betrage von fünfzig Millionen Yen zum Abschluß gebracht. Diese Scheine werden „Französische Regierungs-Schatzbonds vom Jahre 1917 in Yen" genannt werden. Sie werden zum Nennwerte ausgegeben werden, sechs Prozent Zinsen tragen, drei Jahre lang laufen und von französischer Besteuerung befreit sein. Der Ertrag der Anleihe wird, wie angenommen wird, zur Bezahlung von Rechnungen für Munition und anderes Kriegsmaterial verwendet werden, das Frankreich von Japan gekauft hat."

Eine derartige finanzielle Transaktion wäre vor Ausbruch des gegenwärtigen Krieges und bei Fortbestand normaler Verhältnisse auch noch auf lange Jahre hinaus ganz einfach undenkbar gewesen. Denn Frankreich erschien bis vor drei Jahren auf den Geldmärkten der Welt immer in der Rolle des Geldverleihers. Japan aber nahm eine Anleihe nach der anderen auf. Heute ist das Verhältnis gerade umgekehrt. Frankreich hat, um den finanziellen Anforderungen infolge des Krieges Genüge leisten zu können, nicht nur alle Ersparnisse der eigenen Bürger in Anspruch genommen und im eigenen Lande geborgt, solange und so viel es konnte, sondern auch in England, den Ver. Staaten und jetzt auch in Japan Geld aufgenommen. Japan dagegen hat gerade infolge des Krieges enorme Gewinne aus dem Verkaufe von Munition und anderem Kriegsbedarf gezogen und seinen Handel auf Kosten der anderen kriegführenden Nationen besonders in Südamerika und China verdoppelt und verdreifacht. Es hat gleichzeitig, weil es sich nun in sehr beschränktem Maße am Kriege beteiligte, nicht nötig gehabt, bedeutende Aufwendungen für denselben zu machen, und ist daher heute in der Lage, anderen Ländern finanziell zuhilfe zu kommen.

Was den Vorfall besonders bemerkenswert macht, ist der Umstand, daß das Frankreich von Japan gewährte Darlehen nur $25,000,000 beträgt, also etwa ebensoviel, als die französischen Kriegskosten eines einzigen Tages ausmachen, und daß das vormals so reiche und kreditfähige Land sechs Prozent Zinsen für diesen kleinen Betrag zahlen muß. Außerdem ist es bisher auch nicht allgemein bekannt gewesen, daß Frankreich von Japan Kriegsmaterial geliefert erhalten hat, was der Natur der Sache nach ziemlich unwahrscheinlich klingt. Vielleicht handelte es sich bei der Anleihe nur darum, daß Frankreich eine Schuld Rußlands übernahm, dessen Kredit in Japan aus innerpolitischen Gründen wie auch infolge einer gewissen Schwächung des freundschaftlichen Einvernehmens zwischen den beiden Mächten gegenwärtig möglicherweise nicht der allerbeste ist.

Die Kriegsziele.

Allmählich bequemen sich immer mehr Regierungen zu Erklärungen über ihre Kriegsziele. Da wird auch die deutsche Regierung nicht mehr allzu lange mit der Verkündigung der übrigen hinter dem Berge halten können, sondern klipp und klar, offen und aufrichtig herausjagen müssen, was sie vom Kriege erwartet. Das Bemerkenswerte an den bisherigen Erklärungen ist, daß sie nur in den wenigstens Fällen mit denen übereinstimmen, die man in allzu großer Uebereilung in der ersten Hitze des Kampfes abgegeben hat. Meist hat man seine Forderungen gegen früher eingeschränkt. Die das getan haben, sind augenscheinlich zu der gesunden Ueberzeugung gelangt, daß sie Utopien nachjagten, die sich nicht verwirklichen lassen.

England denkt heute nicht mehr wie in den Tagen des Kriegsausbruchs an die Zerstörung Deutschlands und die Vernichtung und Ausrottung des deutschen Volkes. Aber es hat vorläufig noch mit keinem Worte seine Zustimmung dazu ausgesprochen, den Deutschen die entrissenen Kolonien zurückzugeben, bezw. gegen die von den Deutschen besetzt gehaltenen Teile von Alliiertenländern auszutauschen. Frankreich rechnet nicht mehr auf die Französierung der bayrischen Rheinpfalz und der preußischen Rheinlande, sondern bloß noch auf die Wiedererlangung der „verlorenen" Provinzen Elsaß und Lothringen. Der italienische Minister des Aeußeren Sonnino hat dieser Tage in der Deputiertenkammer feierlich erklärt, Italien suche sich durch den Krieg seine Freiheit und Sicherheit zu erkämpfen. Wenn es dieserhalb zum Kriege schritt, dann war es also vorher nicht frei und fühlte sich unsicher. Ob es gegenwärtig größere Freiheit besitzt und sicherer sein mag als vorher? Und ob ihm diese Freiheit und Sicherheit auch für die Zukunft nach dem Kriege gewährleistet sein wird? Italien trat in den Krieg ein, weil es Trient und andere Teile Südtirols und Triest und noch anderes mehr für sich begehrte. Jetzt sagt Sonnino, die italienische Regierung strebe nicht nach Grenzen, die Nachbarstaaten bedrohen. Was meint er damit, wenn es nicht bloß eine nichtssagende allgemeine Redensart ist? Italien hat nur einen einzigen Nachbarstaat, mit dem es im Kriege liegt, dem es also im Falle eines siegreichen Ausganges desselben Grenzländer abnehmen könnte, und das ist Oesterreich-Ungarn. Soll das bedeuten, daß die Italiener auf die Besitznahme der erstrebten Grenzländer in den Alpen und am Isonzo entlang, sowie der weiter südlich gelegenen adriatischen Küstenländer Verzicht leisten?

Die provisorische Regierung in Petersburg will ebenfalls nichts von einer Eroberungspolitik wissen und sich damit begnügen, den Feind aus dem eigenen Lande zu vertreiben. Wie wäre es nun, wenn auch die deutsche Regierung mit einer ähnlichen Erklärung herausrückte, die sich aber nicht bloß auf ihr Verhältnis zum östlichen Nachbarstaat, sondern zu allen Ländern und Völkern, mit denen sie zur Zeit im Kriege liegt, beziehen müßte? Der Reichskanzler Bethmann-Hollweg soll schon einmal ganz nahe daran gewesen sein, eine derartige Erklärung abzugeben, hat aber im letzten Augenblick aus unbekannt gebliebenen Gründen schließlich darauf verzichtet. Inzwischen haben die amerikanische, die russische und auch die italienische Regierung sich zur Offenbarung ihrer Kriegsziele verstanden. Sie stimmen trotz aller Verschiedenheit im Einzelnen doch in dem einen überein, daß der Frieden, wenn er einmal soweit sein wird, keinesfalls auf der Basis von Anexionen geschlossen werden soll. Der überwiegende Teil des deutschen Volkes dürfte in diesem Punkte der gleichen Meinung sein. Denn ihm kann nichts daran gelegen sein, die Zahl seiner Staatsbürger durch die erzwungene Angliederung einiger Millionen Unzufriedener zu vergrößern. Das würde ein Element der Unruhe ins Land bringen, das der friedlichen Fortentwickelung des Reiches sicher nicht förderlich sein würde.

Die Alliierten verlangen ferner eine weitgehende Demokratisierung der deutschen Regierung. Auch dies entspricht offenbar dem lebhaften Wunsche der Masse des deutschen Volkes. Sie wird auch erfolgen. Daran läßt die innerpolitische Entwickelung, soweit sie den jetzt nur mehr sehr spärlich fließenden Nachrichten von drüben entnommen werden können, gar keinen Zweifel. Nachdem es so riesige Opfer zur Verteidigung der heimatlichen Scholle gebracht hat, wird sich das deutsche Volk nicht länger von der eigenen Leitung seiner Angelegenheiten zurückhalten lassen. Nachdem alle Mann in die Räder gegriffen haben, um den Reichswagen auf der bergan führenden Straße an steiler, schwieriger Stelle vor dem Rückwärtsgleiten zu bewahren, wird das Volk ihn hinfort selbst fahren und sein eigener Kutscher sein. Wie weit die Demokratisierung gehen wird, ob sie die Monarchie ganz beseitigen oder nur nach englischem Muster stark einschränken wird, das zu entscheiden sollte man billigerweise den Deutschen selbst überlassen. Die Deutschen aber sollten mit den geplanten Verfassungsänderungen nicht warten, bis der Krieg vorüber ist, sondern sich möglichst umgehend mit ihnen befassen. Das liegt sowohl in ihrem eigenen Interesse als auch in dem der übrigen Welt. Denn es wird zur Verkürzung des Krieges beitragen.—„Chicago Abendpost."

Vergeßt bei Einkäufen nicht, daß jede Unterstützung der deutschen Zeitung auch eine Kräftigung des Deutschthums ist!

Die ausländischen Drückeberger!

Es befinden sich, wie nach zuverlässigen Angaben konstatiert werden konnte, in unserem Lande nicht weniger als fünfhunderttausend englische Untertanen im militärpflichtigen Alter, die die Gastfreundschaft dieses Landes dazu benutzen, sich ihrer Dienstpflicht zu entziehen, schreibt der New York American. Es ist bereits mehrfach darauf hingewiesen worden, daß diese englischen Drückeberger von unserer Regierung gezwungen werden sollten, ihrem Lande gegenüber ihre Pflicht zu tun, ehe wir weitere Kontingente amerikanischer Truppen nach Europa senden, und diese Anregungen haben im Volke allgemeine Zustimmung gefunden. Wir haben den Alliierten Geld, Lebensmittel, Munition und Waffen in Hülle und Fülle gegeben, wir haben eine Armee von annähernd dreihunderttausend Mann bereit, um Seite an Seite mit den Alliierten in Frankreich zu kämpfen. Das amerikanische Volk hat ohne Zögern, ohne sich nur zu bedenken, diese schweren Opfer gebracht, die Jugend dieses Landes zur Verteidigung der Alliierten zu opfern, so lange eine halbe Million Untertanen des englischen Staates sich ihrer Pflicht gegen England unter dem Schutze unseres Landes entzieht. Unser Volk ist der Ansicht, daß Gott denen hilft, welche sich selbst helfen, und die sicherste Art und Weise, England zu helfen, besteht darin, diese halbe Million englischer Drückeberger an die Front zu senden, und das sollte geschehen, ehe wir noch Hunderttausende unserer eigenen Leute opfern, die wir in diesen stürmischen und ungewissen Zeiten vielleicht noch sehr notwendig für unser eigenes Land brauchen. Der Kongreß sollte daher ohne Zögern und ohne Besinnen ein Gesetz erlassen, wie es in Frankreich angenommen worden ist, nämlich eine Verfügung, die alle Deserteure und pflichtvergessenen Bürger anderer Nationen zur Dienstpflicht heranzieht. Die Gerechtigkeit einer solchen Forderung liegt auf der Hand, wie aus folgenden Betrachtungen klar hervorgeht:

Ein Untertan eines der Länder, mit denen wir gegen Deutschland kämpfen, kommt nach Amerika, um sich die Möglichkeiten, die dieses Land bieten, zu Nutze zu machen. Wenn er nicht amerikanischer Bürger werden will, so sollte er wenigstens keine Bevorzugung vor denen genießen, welche Bürger sind oder vor Ausländern, die Bürger werden wollen. Jeder Staatsbürger eines alliierten Landes, der sich in Amerika aufhält, hat entweder seine Pflicht gegen sein Heimatland oder gegen unser Land zu erfüllen. Wenn er Bürger dieses Landes werden will und dessen würdig ist, so sollte ihm das Bürgerrecht erteilt und er sollte prompt unter den Gesetzen dieses Landes zur Wehrpflicht herangezogen werden. Wenn er aber Staatsbürger einer Nation bleiben will, die gemeinsam mit uns in diesem Kriege kämpft, dann sollte er unter den Gesetzen dieser Nation zum Heeresdienst herangezogen werden. Unter keinen Umständen sollte ihm Gelegenheit gegeben werden, sich seiner Dienstpflicht dadurch zu entziehen, daß er illoyal gegen beide Länder ist. Das würde weiter nichts als eine schreiende Ungerechtigkeit gegen die loyalen Bürger unseres Landes sein. Angenommen, ein amerikanischer Bürger lebt in einem gewissen Hause an einer gewissen Straße. Dieser Mann ist entweder als Amerikaner geboren, oder er ist aus Liebe zu seiner neuen Heimat amerikanischer Bürger geworden. Rechts von ihm wohnt ein englischer Renegat, der alle Vorteile, die die liberalen Institutionen Amerikas mit sich bringen, in gleichem Maße wie der Bürger genießt. Und links von ihm wohnt ein Italiener, der die gleichen Vorteile genießt, ohne die Pflichten, die unser Land seinen Bürgern auferlegt, erfüllen zu müssen. Der amerikanische Bürger, der seine Pflicht erfüllt und registriert hat, wird zum Heeresdienste herangezogen und muß auf den Schlachtfeldern Europas kämpfen, während der Engländer und der Italiener, die Seite an Seite bei ihm wohnen, zu Hause bleiben und sich ihrer Pflicht dem eigenen wie auch unsern Lande gegenüber entziehen.

Müssen derartige Zustände nicht mit Recht Unzufriedenheit unter unserer Bevölkerung hervorrufen und muß dadurch nicht die Achtung vor Recht und Gesetz schwinden? Es ist doch eine flagrante Ungerechtigkeit, wenn der amerikanische Bürger hinter den Bürger auswärtiger Länder, deren Schlachten er schlagen soll, in solcher Weise zurückgesetzt wird. Der einzige Weg und der gerade Weg, eine derartige Ungerechtigkeit zu verhüten, besteht darin, daß die Drückeberger auswärtiger Länder ohne Zögern aufgefordert werden, entweder amerikanische Bürger zu werden und ihre Pflicht als solche zu erfüllen, oder Untertanen ihres Heimatlandes zu bleiben, und ihre Pflicht diesem Lande gegenüber zu erfüllen, wie es ihre Landsleute daheim tun. Wenn Ausländer, die sich hier aufhalten, amerikanische Bürger werden wollen, so sollten sie unter den für unser Land geltenden Bestimmungen konskribiert werden. Wenn sie aber englische oder italienische Staatsangehörige bleiben wollen, dann sollten sie unter den Gesetzen ihres Heimatlandes, das eine Dienstpflicht vom achtzehnten bis vierzigsten Lebensjahre vorschreibt, konskribiert werden. Es sollte ihnen nicht gestattet werden, sich in unserem Lande unbehelligt als Feiglinge, Müssiggänger und Drückeberger herumzutreiben, während unsere eigenen Bürger ins Feld ziehen und auf den Schlachtfeldern Europas kämpfen und sterben müssen. Die französische Regierung hat jetzt beschlossen, noch einen Schritt weiter zu gehen und alle in Frankreich wohnenden Ausländer ins Heer einzureihen, ob sie Franzosen werden wollen oder nicht.

Es sind zur Zeit etwa eine Million Ausländer hier, die nach Amerika gekommen sind, um sich ihrer Dienstpflicht zu entziehen. Diese Leute sollten sofort unter den Bestimmungen, die für ihr Heimatland gelten, eingezogen und nach Hause gesandt werden, um ihrer Dienstpflicht zu genügen, bevor noch ein einziger amerikanischer Soldat nach Europa geschickt wird, um in den Schützengräben zu kämpfen. Es ist der Wunsch der Länder, die gemeinsam mit uns kämpfen, daß wir ihre Landesangehörigen, die sich in unserm Lande aufhalten, in der einen oder andern Form zum Kriegsdienste heranziehen und aus Rücksicht auf diese Länder wie auf unser eigenes Land sollten wir sofort die nötigen Schritte tun, um diesem Verlangen nachzukommen. Der Kongreß hat mit anerkennenswerten Eifer und der größten Bereitwilligkeit alles getan, was zum Besten des Landes in diesen ereignisvollen Zeiten getan werden konnte. Er hat mit geradezu beispielloser Freigebigkeit die gewaltigen Hilfsmittel dieses Landes mobil gemacht und den Alliierten zur Verfügung gestellt. Er sollte jetzt auch keinen Augenblick zögern, ausländischen Drückebergern klar zu machen, daß sie die Gastfreundschaft und die freiheitlichen Institutionen Amerikas nicht dazu benutzen können, sich ihrer Dienstpflicht zu entziehen, sondern daß auch sie den ihnen zukommenden Teil der Lasten dieses Krieges tragen müssen. Frankreich hat drastische Maßregel ergriffen, um pflichtvergessene Landeskinder an ihre Pflicht zu erinnern. Wir sollten das Gleiche tun und dadurch die Heere der Alliierten stärken, ohne daß wir unsere eigenen Landeskinder zu opfern brauchen, ehe eine zwingende Notwendigkeit dafür an uns herantritt. Tausende von amerikanischen Müttern werden dem Kongreß Dank wissen, wenn er die Interessen unseres Landes auch in dieser Hinsicht in erster Linie wahrnimmt.

Privates und öffentliches Interesse.

Exsenator W. A. Clark von Montana ist mehrere Jahre zu spät auf die Welt gekommen. Er hat, wie gemeldet wird, erklärt, er würde lieber, ehe er die Union der Bergleute anerkenne, die Kupfergruben unter Wasser setzen, die er und seine Gesellschaften eignen, und kein Pfund Erz mehr schürfen. Diese Aeußerung geschah wahrscheinlich in der Hitze des Augenblicks, aber sie zeigt, was für eine Ansicht der Mann von dem Eigentum und den Leuten hat, die es bearbeiten. Die Gruben gehören ihm; nicht, daß er sie gemacht hätte — er hat sie bloß erworben. Und weil sie ihm gehören, kann er die Bedingungen festsetzen, unter welchen ihnen Erz entnommen werden darf. Wenn denjenigen, welche für ihn arbeiten, diese Bedingungen nicht passen, können sie sich nach einer anderen Arbeit umsehen. Wenn sie sich weigern, will er lieber die Gruben zerstören, als zugestehen, daß sie sich zu dem Zwecke organisieren dürfen, bessere Arbeitsbedingungen zu erlangen.

Zum Unglück für Herrn Clark herrscht jetzt eine neue Denkweise in den Ver. Staaten. Man ist sich dessen bewußt, daß es so etwas wie öffentliches Interesse gibt. Es wird immer klarer, daß, falls privater Besitz mit öffentlichem Interesse in Konflikt kommt, privater Besitz nachgeben muß. Zu einer Zeit, wo Kupfer mehr benötigt wird als je zuvor, werden die Ver. Staaten schwerlich Herrn Clark gestatten, eine Grube unter Wasser zu setzen, selbst wenn es seine eigene ist. Das amerikanische Volk hat sich genug von den Clarks und Leuten seines Schlags gefallen lassen; es hat sich jetzt entschlossen, darauf zu bestehen, daß der Besitz von Bergwerken und dergleichen nicht unbeschränkte Eigentümerschaft darstellt, sondern eher ein Betrauen mit der Verwaltung, auf die Verzicht geleistet werden muß, wenn sie nicht mit dem allgemeinen Besten in Einklang gebracht werden kann. (Detroit News.)

China wieder Monarchie?

Kein Land hat in letzter Zeit so viele Regierungswechsel durchgemacht wie das Reich der Mitte. Galt China früher als schlummernder Koloß, an dem Ereignisse von Jahrhunderten spurlos vorübergingen, der selbst durch die Angriffe beutelustiger Abendländer nur ganz vorübergehend aus seiner Ruhe aufgestört werden konnte, so ist das Riesenland in den letzten Jahrzehnten ein steter Herd von Unruhen gewesen. Allerdings werden diese Unruhen wohl zum größten Teil vom Auslande inspiriert worden sein, speziell von Japan, welches dadurch einen triftigen Grund für die Oberhoheit zu schaffen sucht, welche es sich auf dem asiatischen Festlande anmaßt.

Nachdem in China die Monarchie der Republik weichen mußte, ist das Land nicht mehr zur Ruhe gekommen. Eine Revolution jagte die andere. Handelte es sich nicht um die Regierungsform, so ward das Fortbestehen des Staatskörpers selbst angefochten. Die s. Zt. von Dr. Sun Yat Sen ins Leben gerufene Sezessionsbewegung ist nie ganz erstickt worden. Noch immer strebt der Süden nach politischer Unabhängigkeit vom Norden, und so oft der Aufruhr an einer Stelle unterdrückt worden, flackert er an anderen wieder auf. Damit hatte der erste Präsident der Republik, Li Hung Tschang, zu kämpfen, wie auch sein Nachfolger Li Yuan Hung, der soeben, wie eine Reuterdepesche aus Peking nach London meldet, von General Chang Hsun zu Gunsten der gestürzten Mandschu-Dynastie depossediert worden sein soll. Was Hsuan Ting auf dem wiedergewonnenen Throne ausrichten wird, ist natürlich noch ein unbeschriebenes Blatt der Zukunft. Auch bleibt abzuwarten, ob General Chang Hsun, der sich vom Militärgouverneur der Provinz Anhwei zum Diktator aufgeschwungen, in anderen Teilen des Reiches genügenden Rückhalt finden wird, den Kaiser, der natürlich nur dem Namen nach regieren würde, auf dem Throne seiner Ahnen zu behaupten. Auf den ersten Blick erscheint dieser Wechsel von Volksregierung zum Monarchentum entschieden als ein Rückschritt, der sich mit dem alles demokratisieren wollenden Zug der Zeit schlecht verträgt. Aber man darf nicht vergessen, daß der soeben gestürzte Präsident Li Yuan Hung ein konsequenter Freund des Friedens ist und sich durch seine beharrliche Weigerung, China in die Schrecken des Weltkrieges zu stürzen, bei den Westmächten, welche mit Deutschland im Kampfe liegen, höchst unbeliebt machte. Wie man in Washington den Uebergang von Republik zu Monarchie betrachten wird, ist abzuwarten, und ob man in Japan damit einverstanden, ist ein Rätsel, das sich hinter der geschickten Diplomatie Tokios verbirgt. Zwar ist der Mikado selbst ein halb autokratischer Herrscher, aber sollte die Wiederaufrichtung des Thrones der Mandschu im Interesse der nationalen Einheit Chinas sein, kann man trotzdem erwarten, daß der neue Kaiser nicht lange regieren wird.

Eng verbunden.

Die Beziehungen zwischen der Amsterdamer Zeitung „Telegraaf" und der Londoner „Times" werden durch folgende Tatsache illustriert: Die „Times" druckte am 13. Januar 1917 aus dem „Telegraaf" einen Aufsatz nach: „Eindrücke eines Holländers in Deutschland", der in der holländischen Zeitung gar nicht erschienen war. Erst zwei Tage später, nämlich als die „Times" nach Amsterdam kam und der „Telegraaf" zu seinem Schrecken bemerkte, er habe den Aufsatz, den die „Times" aus objektiver, neutraler Quelle brachte, gar nicht veröffentlicht, druckte er ihn schleunigst nach. Aus diesem Vorfall läßt sich ersehen, welchen objektiven Wert die Berichte des neutralen „Telegraaf" haben, wenn sie schon zwei Tage vorher in einem englischen Blatt erscheinen können.

Untaten eines serbischen Kriegsgefangenen.

Ein serbischer Kriegsgefangener, der bei einem Landwirt in der Nähe von Leer (Ostfriesland) untergebracht war, versuchte, sich an der Tochter des Hauses zu vergreifen. Als sich das Mädchen zur Wehr setzte, ergriff der Unhold das Messer und schnitt ihr die Kehle durch. Die Mutter, die der Tochter zu Hilfe kommen wollte, erlitt dasselbe Schicksal. Dann flüchtete der Mörder. Auf dem hohen Moor bei Papenburg verlangte er von dem Schäfer Conrad Nikolaus Papenburg die Herausgabe seiner Kleider. Als der Schäfer sich weigerte, schnitt der Serbe ih mebenfalls die Kehle durch und setzte seine Flucht, mit dem Schäfermantel angetan, fort, wurde aber an der holländischen Grenze ergriffen.

Holland hat in London gegen die Erweiterung der Sperrzonen in der Nordsee Einspruch erhoben. Weggeworfene Worte!

The Crisis in Russia.

CONDITION OF GOVERNMENT PRECARIOUS.

WHAT WILL BE THE OUTCOME?

A great crisis, observes Anthony Arnoux in the Boston Journal, is rapidly approaching in Russia, and probably it will be determined in the next two or three weeks, whether or not the present provisional government will be able to gain the upper hand or whether it will be overthrown.

Mr. Kerensky, who seems to be the only real man the revolution has produced so far, made a very important speech the other day, from which we can estimate, with some degree of accuracy, the precarious condition of the provisional government today.

As we know, not only have there been a very considerable number of independent republics formed at points in Russia which refuse to recognize the authority of the Petrograd government, but in Finland and in the Ukraine organized movements have been going on for some time, whose object is to make these important districts completely and absolutely independent of the rest of Russia, and to set up national governments of their own for these regions. As these movements run along ethnic lines, they are much more dangerous than those running along purely political lines only.

Mr. Kerensky urgently appealed in his speech to the democrats of both Finland and the Ukraine not to break their union with Russia "in the struggle for common happiness and liberty," saying "that the dismemberment of Russia would involve their ruin." But a government which is possessed of much vitality or strength, does not appeal to parts of its population who desire to secede, and the very fact that the present government of Russia does use such pleading language, indicates, beyond a doubt, its own inherent weakness.

To these evidences of degeneration we must also add the weakness springing from the fact that a counter-revolution is threatening, and also that the present government of Russia is far from being in accord, or even on really good terms with its nominal allies.

Only the other day Italy took the position that the time had come to demand of the Russian government a clear statement of its intentions, and now Mr. Kerensky makes the explicit statement that the government has "unconditionally forbidden Russian troops to take part" in the overrunning of Greece by Russian allies, and the further direct and sensationally important statement that "Russia is following an independent foreign policy."

Assuming this to be true, it follows that Russia is no longer an ally of her former partners in the war, since the aims and objects, which she is pursuing in the war, are not those of Italy, France or Great Britain, and if these aims are no longer common, no military action can be common either.

Looking at the whole situation between Russia and her former allies broadly, it does not seem at all impossible that this divergence of policy may ultimately widen into a positive breach, and that finally Russia will find herself the enemy of her former friends, though this does not mean that she will find herself the friend of her former enemies necessarily. This actual breach will be greatly hastened in its coming if the Allies attempt in any way to apply coercion to either the Russian government or to the Russian people, as has been suggested by Italy.

"BONE DRY."

REFORMERS USE THE WAR AS AN EXCUSE TO PUT THEIR FALLACIES INTO OPERATION.

The effort, says the Chicago Tribune, to pass bone dry legislation may perhaps be taken as typical of the war attitude that seems to pervade official Washington. This attitude is much less concerned with our main business—getting men into the field—than with reforming our moral habits. The reformers are using the war as an excuse to put their ideas into operation, and their lobby is working overtime to devise restraints for erring human beings.

To make people good by prohibitory laws is always a sorry business. Blue laws are usually bad because they make everybody blue. We are likely to be blue enough before the war is over without being forced into a strait laced regimen in the bargain.

We believe that war conditions make it necessary to impose certain liquor regulations. We think stricter regulation would be advisable even in times of peace. The sale of whisky and distilled spirits should be drastically limited, if not prohibited. Probably some restrictions should be placed on the manufacture and sale of beer and light wines. But we believe it is a mistake to issue an abrupt fiat: "There shall be no more cakes and ale."

If congress passes the law our latitudinarians will find some means of avoiding it; the rich will stock up in advance and the poor will resort to the rotten product of private stills. National prohibition means the elimination of beer and light wines and the consumption of distilled liquors. Distilled liquors are the real foe of mankind. Whisky is the best argument for prohibition. But prohibition is likely to promote the use of whisky.

War prohibition in Europe has not extended to drinks of small alcoholic content. In spite of the food shortage the Germans still manufacture beer. If congress can devise means of preventing the sale and use of distilled spirits without interfering with beer and light wines, it will do the country a real service. We shall have made a step forward in solving the liquor problem.

There is a fallacy among those of reforming mind that war is a proper time for all sorts of radical reforms. The opposite is true. Radical measures are necessary in many directions, but they should not be resorted to unless they are necessary. War calls for a maximum of effort, and for that purpose violent changes in condition should be kept at a minimum. The benefits to be expected from a check upon the abuse of alcohol ought not to be counteracted by the ill effects certain to flow from violent readjustments, economic and social. The country is undergoing a severe experience, and must brace itself for more. Congress should see that caution and moderation govern whatever measures it feels must be taken to carry out our great task.